

## Kriegswirtschaftliche Kommission.

## Die Petroleumzentrale.

Die Kriegswirtschaftliche Kommission ging heute unter dem Vorsitz des Abg. Seih in die Verhandlung über die Petroleumverteilungsgesellschaft (Petroleumzentrale) ein.

Regierungskommissär Ministerialsekretär Dr. Wolny erklärt, die Ausbeute an Leuchtöl (Petroleum) habe sich infolge der großen Ansprüche der Heeresverwaltung an Benzin und Gasöl von ungefähr 10 Prozent in normalen Zeiten auf 18 Prozent und gegenwärtig sogar bis auf 15 Prozent verringert. Der mit Verordnung vom Dezember 1915 für Petroleum festgesetzte Grundpreis im Betrage von 23 K., beziehungsweise 36 K. mit dem Verzehrungssteuerzuschlag, der bei Lieferung ab Raffinerie zu gelten hat, ist bis heute unverändert geblieben, in der sozialpolitischen Erwägung, daß ein Artikel nicht verteuert werden solle, welcher für die Kernsten der Armen ein dringendes Lebensbedürfnis bildet. Die Verteuerung des Petroleums im Detailhandel ist von Elementen abhängig, auf die das Handelsministerium keinen ausschlaggebenden Einfluß hat, so von der Erhöhung der Bahnfracht, dem starken Anwachsen der Kosten für Emballage und dem höheren Regiezuschlag, der der Händlerchaft zugestanden werden mußte.

Direktor der Petroleumzentrale Zwillingger bespricht die Schwierigkeiten der Petroleumzentrale. Während im Frieden bis zu 40 Prozent Petroleum und nur ganz kleine Quantitäten Gasöl und Benzin erzeugt wurden, werden gegenwärtig nur 15 Prozent Petroleum zugunsten der Benzin- und Gasölausbeute produziert. Es dürfte sich heuer im ganzen ein Winterbedarf von 4000 Tonnen ergeben, was ungefähr dem vierten Teil des Friedensbedarfes entspricht. Der Bedarf über 20 Liter für den einzelnen Verbraucher wird durch die Petroleumzentrale direkt freigegeben und erfordert ein Quantum von 300 bis 400 Tonnen monatlich. Die Petroleumzentrale wurde auch mit der Durchführung der dem Bedarfe entsprechenden Verteilung von Kerzen im Inlande betraut und durch sie wurden 6,538.790 Kilogramm Kerzen freigegeben.

Vizepräsident Dr. Stransky macht darauf aufmerksam, daß bei der Erzeugung des Benzins gegenwärtig andere Gesichtspunkte maßgebend sind als im Frieden. Ein Einheitsbenzin ist gegenwärtig nicht verwendbar, die Benzinausbeute muß gestreckt werden.

Der Vertreter des Arbeitsministeriums Ministerialvizepräsident Dimiy bemerkt, daß die Erzeugung der staatlichen Mineralölfabrik fast ausschließlich staatlichen Anstalten zufleße. Sie habe den gesamten Bedarf der Staatsbahnen, eine feste Quote der Belieferung an Deutschland, des Heeresbedarfes und des Militärgouvernements in Lublin übernommen. Das geringe noch erübrigende Quantum sei für öffentliche Zwecke zur Verfügung gestellt worden, um in besonderen Notfällen helfend einzuspringen.

Vizepräsident Szilasi teilt mit, daß bei der Ausarbeitung der konstitutiven Verordnung die Aufnahme der staatlichen Erzeugung in die Organisation von der Industrie angestrebt worden sei, sich aber als nicht durchführbar erwiesen habe. In Deutschland gehe die Verteilung einheitlicher vor sich, weil die Versorgung des Heeres und der Zivilbevölkerung in einer Hand vereinigt sei.

Abg. Friedmann stellt die Frage, ob das Kriegsministerium in der ungarischen Petroleumzentrale auch durch einen Kommissär vertreten sei wie in der österreichischen und welche Befugnisse der Vertreter des Kriegsministeriums in der österreichischen Zentrale habe.

Ministerialsekretär Dr. Wolny erwidert, in der ungarischen Petroleum-Verteilungsstelle habe das Kriegsministerium einen solchen Vertreter bisher nicht. Ein Interesse des Kriegsministeriums an der Bestellung eines solchen Vertreters besteht wohl deshalb nicht, weil der gesamte Bedarf des Heeres an Mineralölprodukten von Oesterreich beigelegt werde. Die ungarische Regierung habe übrigens an das Kriegsministerium das Ersuchen gerichtet, einen Sachmann in die ungarische Petroleumkommission zu entsenden.

Direktor Zwillingger bemerkt, die Mitwirkung des Vertreters des Kriegsministeriums sei für die Petroleumzentrale von größtem Werte, weil es dadurch oft möglich geworden sei, auf kurzem Wege das größte Entgegenkommen der Militärverwaltung, insbesondere in der Transportfrage, zu erreichen.